

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Eingetragene Lebenspartnerschaften im hessischen Dienstrecht

Ende März 2010 hat der Landtag nunmehr das „Gesetz zur Anpassung der Rechtsstellung von Lebenspartnerschaften und zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes“ beschlossen (GVBl. I 2010, S. 114 ff.). Es regelt u.a. die Berücksichtigung des Instituts der Eingetragenen Lebenspartnerschaft auch im hessischen Landesrecht. Aus dienstrechtlicher Sicht sind dabei die Änderungen im Bereich Besoldung und Versorgung (Art. 17), Beihilfe (Art. 18), Umzugskosten (Art. 19), Trennungsgeld (Art. 20) und Disziplinarrecht (Art. 21) von Bedeutung. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im hessischen Dienstrecht Eingetragene Lebenspartnerschaften wie eine Ehe behandelt werden. So wird z. B. durch § 1a HBesG neu bestimmt, dass, soweit in besoldungsrechtlichen Regelungen auf das Bestehen einer Ehe abgestellt wird, „diese Bestimmungen bei Bestehen einer Lebenspartnerschaft entsprechend anzuwenden“ sind.

Praktisch bedeutet dies, dass ein Beamter (z. B. in A 10), der unter den Geltungsbereich des HBG fällt und eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingeht, nunmehr einen Anspruch auf Stufe 1 des Familienzuschlags hat (§ 40 Abs. 1 Nr. 1 BBesG). Das Gesetz ist am 7.4.2010 in Kraft getreten (Art. 27 Satz 1 des Gesetzes a. a. O., S. 118). Mit Blick auf die seit dem 1.3.2010 geltende Besoldungstabelle bedeutet dies mithin einen grundsätzlichen Anspruch auf 113,04 €. Die üblichen Konkurrenzregelungen (z. B. § 40 Abs. 5 BBesG) sind zu beachten.

Hessisches Umzugkostengesetz und Hessische Trennungsgeldverordnung werden geändert

Die Landesregierung plant eine Änderung sowohl des Hess. Umzugkostengesetzes (HUKG) als auch eine Änderung der Hess. Trennungsgeldverordnung (HTGV). Wesentlicher Inhalt ist der Einbau der Än-

derungen, die sich aus der Anerkennung von Lebenspartnerschaften im hessischen Dienstrecht (s. oben) ergeben. Desweiteren sollen aber auch bisherige Erstattungsbeträge, die sich in ihrer Höhe an den Beträgen einer Besoldungsgruppe orientierten, durch pauschale Zahlungen ersetzt werden (§ 10 Abs. 1 HUKG). So soll z. B. künftig die Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen



Produktipp

v. Roetteken / Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR Gesamtausgabe



Loseblattwerk in 15 Ordnern

ISBN 978-3-7685-9311-3

€ 359,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

€ 839,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Mit dem fünfzehnbändigen Loseblattwerk haben Sie einen kompletten Überblick über das Dienstrecht in Hessen. Ausführliche und aktuelle Kommentare zum HPVG mit Wahlordnung, zum HBG und zum BeamStG werden ergänzt durch eine Textsammlung zum Tarifrecht und alle sonstigen wichtigen Vorschriften für den öffentlichen Dienst in Hessen. So erhalten Sie alle wichtigen Informationen aus einer Hand, ersparen sich lästige Sucharbeit und werden durch die Kommentare kompetent beraten.

Nähere Produktinformation finden Sie [hier](#).

[\[bestellen\]](#)

1.000,00 € für Verheiratete und 500,00 € für Ledige betragen. Diese pauschalen Sätze sollen letztlich auch der Verwaltungsvereinfachung dienen. Im Rahmen der Beteiligungsverfahren wurde hierzu u. a. empfohlen, dass das HMdLuS eine regelmäßige Prüfung dieser Beträge vornimmt, ob sie vor dem Hintergrund der allgemeinen Besoldungsentwicklung noch angemessen sind. Die Neuregelungen sollen sämtlich mit Wirkung zum 1.1.2011 in Kraft treten.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

HessVGH: Zielvereinbarungen sind mitbestimmungspflichtig

Der HessVGH hatte über den Konflikt zwischen dem GPR der Lehrerinnen und Lehrer an einem staatlichen Schulamt sowie dem Leiter dieses

Schulamtes zu entscheiden. Die Leitung des Schulamtes hatte im Februar 2007 einen Vordruck erstellt und versandt, mit dem Titel „Leistungsvereinbarungen zu den Strategischen Zielen“. Damit sollten die Schulleitungen im Zuständigkeitsbereich dieses Schulamtes an ihren jeweiligen Schulen näher bezeichnen, „verbindliche strategische Ziele“ umsetzen. Der GPR reklamierte mehrfach sein Beteiligungsrecht nach § 74 Abs. 1 Nr. 2 HPVG (= Hebung der Arbeitsleistung/Erleichterung des Arbeitsablaufes). Dies wurde dienststellenseitig bestritten. Im Februar 2008 wurde das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren eingeleitet. In der erstinstanzlichen Entscheidung des VG Darmstadt v. 11.9.2008 (Az.: 23 K 396/08.DA.PV) wurde der Antrag abgewiesen. Die daraufhin seitens des GPR eingelegte Beschwerde hatte nunmehr zumindest teilweisen Erfolg.

Der HessVGH entschied, dass zumindest zu einem Teilprojekt („SINUS“) im Rahmen der strategischen Ziele das Mitbestimmungsrecht nach § 74 Abs. 1 Nr. 2 HPVG besteht. In bzw. mit diesem Teilprojekt soll eine Dokumentation der Projektarbeit an der Schule erfolgen, eine Teilnahme an Lehrerbefragungen etc. All' dies qualifizierte der HessVGH als „Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung“ i. S. des § 74 Abs. 1 Nr. 2, 1. Alt. HPVG und somit als mitbestimmungspflichtig.

HessVGH v. 18.02.2010, Az.: 22 A 2457/08.PV. Rechtsbeschwerde zum BVerwG nicht zugelassen.

HessVGH: Rechtmäßigkeit der Wahl des stellv. Vorsitzenden des GPR Hessen Forst

Der HessVGH hat jetzt die Rechtmäßigkeit der Wahl des stellv. Vorsitzenden des GPR Hessen Forst im Mai 2008 bestätigt. Im Rahmen der regelmäßigen Personalratswahlen nach dem HPVG im Mai 2008 war auch der GPR Hessen Forst neu gewählt worden. In der konstituierenden Sitzung des Gremiums war das GPR-Mitglied L, Mitglied der IG BAU, vorgeschlagen und auch gewählt worden. Ebenfalls vorgeschlagen, aber nicht gewählt wurde das GPR-Mitglied H., der Mitglied einer Mitglieds-



AGG-Entscheidungsregister

Mit Fundstellen, Leitsätzen und thematischer Zuordnung

Übersichtlich aufbereitet und angeordnet enthält dieses Register wichtige Entscheidungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowie ergänzend Entscheidungen zum Bundesgleichstellungsgesetz und zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz.

Mehr Informationen finden Sie unter www.rehmnetz.de/AGG-Entscheidungsregister

organisation des dbb ist. Der Beschwerdeführer H. war bei der konstituierenden Sitzung selbst nicht anwesend, eine schriftliche Einverständniserklärung zur Kandidatur und zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl lag nicht vor.

Die Rechtmäßigkeit der Wahl wurde mit verschiedenen Gründen angefochten, u. a. mit dem Hinweis, dass in der Sitzung die Öffentlichkeit durch die Anwesenheit von Mitgliedern des Wahlvor-

standes hergestellt worden sein, es zuvor eine anderslautende Absprache hinsichtlich der Berücksichtigung von weiteren Vorschlagslisten bei der Vergabe der Funktion des stellv. Vorsitzenden gegeben habe u. ä. Der HessVGH hat diese Gründe insgesamt nicht gelten lassen. So sei es sehr wohl möglich, dass, nachdem schon die Wahl des eigentlichen Vorsitzenden durch Mitglieder des Wahlvorstandes geleitet wurde, dies auch für den bzw. die stellv. Vorsitzenden möglich sei. Darüber



Produkttipps

v. Roetteken (Hrsg.), Rothländer (Hrsg.), Burkholz u. a.

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern

ISBN 978-3-7685-0953-4

€ 129,95

zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[bestellen\]](#)

Auch als Internetausgabe!

Inklusive „Baßlsperger,

Einführung ins

Beamtenrecht“!

Erscheinungstermin:

voraussichtlich Mai 2010

ISBN 978-3-7685-1353-1

€ 149,95

[\[mehr Info\]](#)

Bezieher des Loseblatt-Werkes „Hessisches Bedienstetenrecht“ (Gesamtausgabe und Teil IV) erhalten den Kommentar zum Beamtenstatusgesetz im Rahmen ihres Abonnements.

Das Beamtenstatusgesetz legt die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Die Ausgestaltung und Umsetzung im Einzelnen regeln die Länder in eigener Verantwortung.

Nähere Produktinformation finden Sie [hier](#).

Baßlsperger

Einführung ins Beamtenrecht

Die Rechtslage in Bund und Ländern nach der Dienstrechtsreform

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,

weitere Lizenzen auf Anfrage.

ISBN 978-3-8073-0200-3

Erscheinungstermin: voraussichtlich Mai 2010

Erscheint demnächst!

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungshilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. So wird die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für die Anwender in allen Bundesländern deutlich.

- **Extrem praktisch:** Arbeitshilfen, wie z. B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle weisen den Weg.
- **Leicht verständlich:** Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen.
- **Schnell lesbar:** Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen direkt in die relevanten Normen.
- **Optimal erschlossen:** Sicheres und schnelles Navigieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durchdachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



Reinhören: das Interview mit Herrn

Dr. Baßlsperger zur Beamtenrechtsreform

www.rehmnetz.de

[\[Testzugang anfordern\]](#)

hinaus enthalte § 29 Satz 2 HPVG lediglich eine Soll-Vorschrift und keine gesetzlich verpflichtende Regelung.

HessVGH v. 18.3.2010, Az.: 22 A 567/09.PV. Rechtsbeschwerde zum BVerwG nicht zugelassen.

VG Frankfurt a. M.: Erneut Wahlrecht von Leiharbeitnehmern nach HPVG bestätigt

Bestätigt hat das VG Frankfurt a. M. seine Rechtsprechung, wonach Leiharbeitnehmern jedenfalls nach § 9 Abs. 1 Satz 1 HPVG das Wahlrecht zum Personalrat der Dienststelle zusteht, bei der sie tätig sind (Beschluss v. 3.11.2008, PersR 2009, S. 84). Bereits damals hatte das Gericht so entschieden und damit die im Mai 2008 durchgeführte, regelmäßige Personalratswahl im Bereich der Uniklinik Frankfurt a. M. für ungültig erklärt. Damals waren die Leiharbeitnehmer nicht als Wahlberechtigt betrachtet worden und folglich nicht auf die Liste der Wählerinnen und Wähler gelangt. Hiergegen hatten Betroffene Leiharbeitnehmer wie zu sehen mit Erfolg geklagt.

Da die Entscheidung vom November 2008 rechtskräftig wurde, erfolgte im November 2009 eine Neuwahl, diesmal unter Berücksichtigung der Beschäftigten der Rhein-Main Personal Service GmbH, dem Unternehmen, das Leiharbeitnehmer im Wesentlichen der Klinik vermittelt. Gegen die so (erneut) durchgeführte Personalratswahl leitete der Dienststellenleiter ein Beschlussverfahren ein. Wie zu sehen, ohne Erfolg. Das Gericht bleibt unverändert bei seiner Auffassung, dass es nach § 9

Abs. 1 Satz 1 HPVG zwar auf das Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses ankomme, dieses müsse jedoch nicht zu der Dienststelle bzw. dem Arbeitgeber bestehen, in dem der Personalrat gewählt werden soll. Es ist davon auszugehen, dass gegen diese Entscheidung Beschwerde beim HessVGH eingelegt wird.

VG Frankfurt a. M. v. 15.3.2010, Az.: 23 K 3864/09.F.PV

VG Wiesbaden: „Schwarze Listen“ unterliegen der Mitbestimmung

Im Herbst 2009 wurde durch Medienberichterstattung bekannt, dass das Hessische Kultusministerium sogenannte „schwarze Listen“ führt, auf denen Personen geführt werden, die keine Stelle bzw. Planstelle im hessischen Schuldienst mehr bekommen sollen. Es handelte sich um Personen, die zuvor bereits einmal im hessischen Schuldienst waren, jedoch nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen oder nach Ablauf eines befristeten Beschäftigungsverhältnisses weiter beschäftigt wurden, weil Zweifel an ihrer Eignung bestanden.

In Hessen besteht das System der dezentralen Einstellung. Jedes der staatlichen Schulämter stellt die erforderlichen Lehrkräfte selbst ein. So konnte es passieren, dass eine Person, die in Nordhessen als nicht geeignet betrachtet wurde, in Südhessen eingestellt wurde und dort die maßgeblichen, nordhessischen Gründe für die Nichtbeschäftigung nicht bekannt waren. Aus diesem Grunde wurde Ende März 2009 über die Zentralstelle für Personalmanagement (ZPM) eine solche Liste erstellt und allen Ämtern zur Verfügung gestellt.

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Hessischen Kultusministerium (HPR-LL) reklamierte in diesem Zusammenhang sein Mitbestimmungsrecht aus § 77 Abs. 2 Nr. 4 HPVG (Erlass von Richtlinien über die personelle Auswahl bei Einstellungen). Die Liste führe zu einer Vorauswahl bei Einstellungen. Das Ministerium lehnte dies ab.

Tipp

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit unserem Experten
Dr. Maximilian Baßlperger.



[\[direkt zum Blog\]](#)

Das VG Wiesbaden hat nun entschieden, dass dem HPR-LL bei Einführung der Liste ein Mitbestimmungsrecht nach § 77 Abs. 2 Nr. 4 HPVG zustehe, es werde eine Richtlinie über die personelle Auswahl getroffen.

Das Gericht begründet seine Entscheidung sowohl datenschutz- als auch personalvertretungsrechtlich. So ergebe sich aus den Unterlagen, dass das Ministerium aufgrund der vorliegenden Verzeichnisse gem. §§ 6, 15 HDSG eine klare Zweckbestimmung bezüglich der Datenspeicherung getroffen habe. Es sollen nach Ziff. 4.2 des Verzeichnisses auch Personen aufgenommen werden, „... die zur Zeit nicht in den hessischen Schuldienst eingestellt werden sollen“. Das Gericht gibt zum Ende seiner Entscheidung auch Hinweise, wie das Problem letztlich gelöst werden kann. Es regt an, „durch einen klarstellenden Anwendungserlass bezüglich eines Hinweises auf Personalunterlagen und gerade nicht auf Personen, die nicht in den Schuldienst eingestellt werden sollen“, die „sinnlose“ personalvertretungsrechtliche „Baustelle“ zu beheben.

VG Wiesbaden v. 17.3.2010, Az.: 23 K 43/10.WI.PV, n. r. Es ist damit zu rechnen, dass das HKM Beschwerde beim HessVGH einlegt.

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifverhandlungen für die TU Darmstadt aufgenommen:

Seit dem 1.1.2010 ist (auch) die Technische Universität (TU) Darmstadt rechtlich selbständig (§ 2 Abs. 1 TUD-Gesetz). Damit wurde nach der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. (1.1.2008) bereits die zweite Hessische Hochschule in die rechtliche Selbständigkeit „entlassen“. Auch die TU Darmstadt verfügt über das Recht, eigene Tarifverträge abschließen zu können (§ 3 Abs. 5 Satz 1 TUD-Gesetz). Entsprechende Verhandlungen finden seit Februar 2010 statt. Es zeichnet sich ab, dass der seit dem 1.1.2010 in Kraft befindliche Tarifvertrag für die Stiftungsuniversität Frankfurt a. M. unter Beachtung redaktioneller Anpassungen inhaltlich übernommen und als eigener Tarifvertrag für die TU Darmstadt vereinbart wird. Er soll am 1.5.2010 in Kraft treten. Erst in einem zeitlich später liegenden zweiten Schritt ist dann daran gedacht, diesen Tarifvertrag an die spezifischen Bedingungen der TU Darmstadt anzupassen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Newsletter waren die Verhandlungen in der Sache abgeschlossen, die Redaktionsverhandlungen jedoch noch nicht.

Tipp

www.rehmnetz.de – Unsere Themenseiten

- Beamtenrecht → <http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html>
- Personalvertretungsrecht → <http://www.rehmnetz.de/Personal/Personalvertretungsrecht.html>
- Gleichstellungsrecht → <http://www.rehmnetz.de/Personal/Gleichstellungsrecht.html>



IV. Vorschau auf die HBR I-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Mai:

220. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
107. Aktualisierung der Teilausgabe IV (Beamtenrecht)
= 9. Aktualisierung zum Beamtenstatusgesetz:
§§ 43, 44, 46, 50, 55 – 60 BeamStG

Juni:

221. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
108. Aktualisierung der Teilausgabe IV (Beamtenrecht):
§§ 12 – 16, 19 – 19c HBG,
AltersteilzeitzuschlagsVO, ErschwerniszulagenVO, VO
über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für
Beamte, Zweite Besoldungs-ÜbergangsVO, Arbeits-
schutz, Sicherheit und Gesundheitsschutz an Schulen,
Mutterschutz für Beschäftigte in Schulen

Juni:

222. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
109. Aktualisierung der Teilausgabe IV (Beamtenrecht):
vor §§ 28–30a, vor §§ 31–37, vor §§ 32–37 HBG,
§§ 38 – 44 HBG
Hess. Hochschulgesetz, Gesetz zur organisatorischen
Fortentwicklung der TU Darmstadt, Berufskrankheiten-
VO, Hess. Richtergesetz

Juli:

223. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
59. Aktualisierung der Teilausgabe I (Personalvertre-
tungsrecht)
§§ 9, 10, 61, 65, vor 123 HPVG
BPersVG, KSchG, SGB IX, HGIG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

Seminartipp

Aktuelle Seminare zum Beamtenrecht

Beamtenrecht Teil I

Grundlagen und Neuerungen durch das
Beamtenstatusgesetz und Dienstrechtsgesetz

Referent: Dr. Maximilian Baßlsperger
25. Oktober 2010 in München

Beamtenrecht Teil II

Rechte, Pflichten und Rechtsfolgen unter
Berücksichtigung des Beamtenstatusgesetzes
und des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes

Referent: Dr. Maximilian Baßlsperger
26. Oktober 2010 in München

Beamtenrecht Teil III

Rechtsschutz und aktuelle Rechtsprechung

Referent: Dr. Maximilian Baßlsperger
Oktober 2010 in München

Nebentätigkeitsrecht für Beamte und
Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Referent: Dr. Maximilian Baßlsperger
28. Oktober 2010 in München

Mehr Informationen und Anmelde-möglichkeiten
finden Sie [hier](#).

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489 -529
Ihre Meinung ist uns wichtig!
Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste
eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit
abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an
hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter
können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen
Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir
davon Kenntnis erhalten.

©2010, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
v. Roettken (Hrsg.)/Rothländer (Hrsg.)
Beamtensatzgesetz
Kommentar
Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
Internetausgabe Erscheinungstermin: Mai 2010
Inklusive „Baßlperger, Einführung ins Beamtenrecht“!
ISBN 978-3-7685-1353-1
€ 149,95, weitere Lizenzen auf Anfrage



Expl. _____
Baßlperger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
Mit den Neuregelungen durch das
Beamtensatzgesetz sicher umgehen
Softcover
ISBN 978-3-8073-0125-9
€ 39,90



Expl. _____
Erweiterte Internetausgabe
ISBN 978-3-8073-0128-0
Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50
Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen und
aktualisiertem Text.

Expl. _____
Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
Synopsis mit Kurzerläuterungen
zu den Änderungen im BBG
Softcover
ISBN 978-3-8073-0111-2
€ 29,90

Weitere Bestellmöglichkeiten



Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333



Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20



Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de



Per Internet:
www.rehmetz.de



Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München



Picken Sie sich
das Beste heraus!

Wichtige Informationen
zum Themenkomplex
Beamtenrecht finden Sie auf
unserer Homepage!

[mehr Info]



Disziplinarrecht



Expl. _____
Ganssen (Hrsg.)
**Disziplinarrecht in Bund und
Ländern**
Kommentar
Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-3043-9
€ 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
Zängl, Conrad
Bayerisches Disziplinarrecht
Praktiker-Kommentar
Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0284-3
€ 99,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 229,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Newsletter Beamtenreform

Sie möchten regelmäßig über Neuerungen zum Beamtenrecht informiert werden? Dann abonnieren Sie doch unseren kostenlosen Newsletter Beamtenreform.

[Jetzt abonnieren]



Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 514360

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Mai 2010

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.